

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Kolleg*innen, liebe Studierende,

hiermit nehmen wir Stellung zu der mit „Recherche Kollektiv OWL“ gezeichneten Email vom 7. Mai 2020, der ein ausführliches Dossier über die politischen und publizistischen Aktivitäten eines Promovierenden der Fakultät für Soziologie und der Bielefeld Graduate School in History and Sociology (BGHS) anhing.

Der vorliegende Fall ist der BGHS und der Fakultät für Soziologie seit Anfang September 2019 bekannt.

Seitdem wurden in der BGHS Diskussionen darüber intensiviert, wie seitens der Lehrenden und Studierenden mit rassistischen und sexistischen Meinungsäußerungen und einschüchterndem Redeverhalten umgegangen werden kann. Uns wurden keine entsprechenden Beeinträchtigungen des Lehrbetriebs zugetragen.

Meinungsäußerungen außerhalb des Lehr- und Qualifikationskontextes von BGHS und Fakultät für Soziologie, mit denen wir als Teil eines pluralistischen, faktenorientierten und diversitätsorientierten Wissenschaftsbetrieb ausdrücklich nicht konform gehen, sind dabei aber Teil einer öffentlichen politischen Auseinandersetzung.

Hinsichtlich des benannten Qualifikationsvorgangs bleibt festzuhalten, dass sich im Rahmen der Betreuung keine Hinweise auf zu inkriminierende Inhalte ergeben haben. Damit gilt das Recht zugelassener Studierender ihren Studiengang regelkonform zu einem Abschluss zu bringen. Dies gilt soweit sie wissenschaftlichen Standards im Allgemeinen und fachlichen Standards im Besonderen genügen. Dies bleibt auch im vorliegenden Fall nach Vorlage der Dissertation im akademischen Kontext zu prüfen.

Selbstverständlich sind die Fakultät für Soziologie und die BGHS keine Orte, an dem rechtsextremes Gedankengut unwidersprochen geäußert oder gepflegt werden kann. Deshalb werden wir uns auch noch umfassender universitätsweit in dieser Sache äußern.

Mit freundlichen Grüßen,

Prof. Dr. Ursula Mense-Petermann (Direktorin der BGHS) Prof. Dr. Detlef Sack (Dekan der Fakultät für Soziologie)